

Steuern: Hassobjekt, Fluchtgrund, Lenkungsinstrument, Lebenselixier

80 Teilnehmer/-innen nahmen beim Themenforum 2019 mit Experten aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und Arbeitgebern die Steuern unter die Lupe. Zeitaktuell wurden Fragen rund um die CO₂-Steuer, die Besteuerung von global agierenden Konzernen, die Besteuerung von Renten, die kalte Progression und die „schwarze 0“ lebhaft diskutiert.

Bündnisse für die ökologisch-soziale Transformation

Jürgen Wechsler als Vorsitzender der Trägerstiftung der Kritischen Akademie wies in seiner Eröffnungsrede auf die Zusammenarbeit der IG Metall Bayern und dem Bund Naturschutz hin. Gemeinsames Ziel ist die Mitgestaltung an einer ökologisch-sozialen Transformation. „Es gibt viele Bund Naturschutz Mitglieder in den Betrieben und auch sozial interessierte Mitglieder im Bund Naturschutz. Wenn gleich die Mitglieder des Bund Naturschutz sich lieber mit der Schönheit der Natur befassen wollen, statt mit komplexen Finanzthemen.“, so Richard Mergner, Vorsitzender des Bund Naturschutz Bayern.



Das Themenforum 2019 fand in Kooperation mit der Academy of Labour statt

Ökologisch-sozial echte Preise

Er betonte in seinem Vortrag, dass Preise auch die ökologisch-soziale Wahrheit sagen müssten. Seiner Einschätzung nach, hätte es keine Einspeisevergütung für Ökostrom gebraucht, wenn Subventionen umweltschädlich eingesetzt werden und Preise nicht die tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten ausdrücken. Er sprach sich für eine Treibhaussteuer aus für alle Energieträger entsprechend ihrer umweltschädlichen Wirkung.

Staat muss handlungsfähig sein

Raoul Didier arbeitet als steuerrechtlicher Gutachter von Gewerkschaftsseite in den Regierungsausschüssen bei der Ökosteuerreform mit. Er betonte, dass die Lenkungswirkung durch Steuern teilweise überschätzt wird. Viel wichtiger sei, dass der Staat handlungsfähig werden müsse, durch entsprechende Steuereinnahmen. Entscheidend ist der Ordnungsrahmen, den der Staat setzt.

Hausbau und Mobilität als große Klimathemen

Der Hauptgeschäftsführer der Metallarbeitgeber, Bertram Brossard sieht zwei maßgebliche Handlungsfelder, wenn es um den Klimaschutz geht: Einerseits die Mobilität und andererseits den Hausbau bzw. die Haussanierungen. Der Politik und den Klimakritikern entgegnet er: „Keiner kann dem anderen vorschreiben, welches Auto er fahren darf.“ Das Mobilitätsbedürfnis solle man akzeptieren.

Ungerechte Pendlerpauschale

In der Diskussion waren sich Mergner, Didier und Brossard einig, dass es zu Ungerechtigkeiten bei der Pendlerpauschale kommt, da diese über die Steuer abgerechnet wird. Desto höher der Steuersatz, desto höher die Erstattung über die Pendlerpauschale. Im neuen Klimapakt gab es dazu einen Teilerfolg des DGB. Es werde teilweise eine Mobilitätsprämie kommen, mit der rein kilometermäßig ein einheitlicher Betrag für die Berufspendler ausbezahlt wird.

Zertifikate oder CO₂-Steuer

Unterschiedlicher Meinung waren sich die Diskutanten bei der Wirksamkeit von CO₂-Steuer und Zertifikatehandel. Brossard sprach sich für den Zertifikatehandel aus, der gleich bei der Ursache ansetze. Mergner erwiderte, dass dieser nicht funktioniere und die CO₂-Bepreisung über die Steuer sofort greife. Didier gab zu Bedenken, dass der Zertifikatehandel externe Einflüsse wie z.B. den Ölpreis nicht mitdenkt und damit die Lenkungswirkung verloren geht. Mergner verwies darauf, dass die Branchen spezifisch bei ihren Produkten schauen sollten, was man verändern kann.



3 maßgebliche Richtungen zur Lösung der Klimakrise an einem Tisch: Steuern über Steuern und Preise (Richard Mergner, Bund Naturschutz), Ordnungspolitik (Raoul Didier, DGB) und Zertifikatehandel (Bertram Brossard, Metallarbeitgeber)

Klimaschutz machbar machen
„Klimaschutz muss machbar sein“. Darin waren sich die Diskutanten einig. Sowohl Unternehmen, als auch Arbeitnehmer und Rentner müssen sich den Klimaschutz leisten können.

Es muss aber auch die entsprechende Infrastruktur vorhanden sein, dass Klimaschutz möglich wird. Die Leistung, die redliche Unternehmen, Arbeitnehmer und Steuerzahler beim Klimaschutz erbringen, muss auch anerkannt werden, so die einhellige Meinung der Teilnehmer/-innen des Themenforums. Allen Teilnehmern war gemeinsam, dass sie bereit sind, auch ihren Beitrag zu leisten.

Steuertransparenz und Ausgabenpolitik mangelhaft

Michael Jäger, Vizepräsident des Bunds der Steuerzahler war die Bedürftigkeitsprüfung bei Auszahlung von Subventionen wichtig. Bezüglich der aktuell diskutierten Digitalsteuer rate er zur Vorsicht. Es werde auch deutsche Unternehmen treffen. Spätestens dann, wenn China und die USA mit Gegensteuern und Zöllen auf deutsche Waren und Dienstleistungen reagierten. Außerdem solle die Besteuerung sich auf den Gewinn und nicht auf den Umsatz beziehen. Grundsätzlich war Michael Jäger der Auffassung,

dass es genügend Steuereinnahmen gäbe. Das Problem sei ein Ausgabenproblem. Richtig eingesetzt, wären mehr Infrastrukturinvestitionen sowie Ausgaben in Forschung und Entwicklung möglich.

Steuergerechtigkeit aus Arbeitnehmersicht

Prof. Dr. Frank Balmes (Academy of Labour) schaffte es, seine Zuhörer/-innen mit Fragen der Einkommens- und Lohnsteuer zu begeistern. Er zeigte die Ungerechtigkeiten im Steuersystem aus Sicht der Arbeitnehmer auf. „Das Belassen der Einkommenssteuergrenzen hat zu einer schleichenden Steuererhöhung geführt“, so Balmes. Die „eiskalte Progression“ zeige sich, wenn man den Eingang in den Höchststeuersatz ansehe: 1960 war jemand Spitzenverdiener, wenn er sich 6 Porsches jährlich kaufen konnte. 2020 konnte sich ein Spitzenverdiener mit seinem Jahreseinkommen gerade mal einen halben Porsche kaufen.

Doppelte Besteuerung der Renten

Fabian Janisch, arbeitet an einem Gutachten zur Doppelbesteuerung von Rentnern. „Die doppelte Besteuerung erscheint für Rentner des Ruheeintritts zwischen 2018 und 2066 eher die Regel als die Ausnahme.“, so seine Einschätzung. Prof. Frank Balmes kündigte Initiativen der IG Metall für ihre Mitglieder zu dem Thema an.

Das Steuersystem global gerechter machen

Einen Einblick in die Globalisierung des Finanz- und Steuersystems aus Sicht eines Attac-Aktivisten gab Peter Schönhöffer. Er wies darauf hin, dass das aktuell geltende internationale Steuerrecht nicht funktioniere, also müsse man sich etwas radikal Neues überlegen. Auf die praktischen Schwierigkeiten wiesen Frank Balmes und Raoul Didier hin: Es ist schon alleine auf europäischer Ebene schwierig, sich auf ein gemeinsames Verständnis der Bemessungsgrundlagen (Welche Beträge liegen der Besteuerung zugrunde?) zu einigen.

Die Idee von Attac ist, dass maßgeblich die Vermögen besteuert werden. Dies sei gerechter und einfacher zu machen als Einkommenssteuern. Die Besteuerung solle einmalig weltweit erfolgen. Außerdem schlägt Attac ein umfangreiches Paket an Maßnahmen gegen den Steuerwettbewerb vor („Steuroasen“). Grundlage müsse ein UNO-Steuerabkommen sein, statt einem OECD-Abkommen. Bei der OECD gebe es schon erste Fortschritte. Ausführlich ging Schönhöffer darauf ein, was eigentlich die Zielsetzung eines global gerechten Steuersystems sein müsse.



Namhafte Finanzpolitiker standen in der Schlussdiskussion den Teilnehmern/-innen als Gesprächsgäste zur Verfügung. Die finanzpolitischen Sprecher von Grünen und SPD: Tim Pargent (erster von rechts) und Harald Güller (zweiter von links). Von der CSU stellte sich MdB und Minister a.D. Dr. Peter Ramsauer der Diskussion (2. von rechts). Den DGB vertrat Raoul Didier (links).

Steuern: Wegelagerei oder Lebenselixier

Wenn es um die Unternehmenssteuern geht, war Peter Ramsauer die Rechtsformgerechtigkeit wichtig. Harald Güller betont, dass Steuer nur bei dem Geld angreifen darf, das aus dem Unternehmen gezogen wird. Geld, das im Betrieb von Personengesellschaften bleibt, darf nicht angegriffen werden. Laut Güller gebe es bei den Unternehmern viel zu viele „Steuerallergiker“.

Bei der „schwarzen Null“ müsse man sich ehrlich machen, so Pargent. Zur Generationengerechtigkeit gehöre auch, Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Die Finanzierungsdefizite seien enorm, so Güller.

Ungerechtigkeiten beseitigen

Die Finanztransaktionssteuer sei ein Witz, meint Tim Pargent. Es werden lediglich Aktienumsätze besteuert. Da treffe es uns „Normalos“. Die Spekulanten mit ihren Derivaten blieben ungeschoren. Zu der Steuer meint selbst Dr. Ramsauer: „Ich glaube nicht, dass das was Gscheites wird“.

Für Ramsauer sei es ungerecht und nicht erklärlich, dass man beim 0,6-fachen des Durchschnittseinkommens als armutsgefährdet gilt und beim 1,7-fachen beginne schon der Spitzensteuersatz. Wenn es um Gerechtigkeit gehe, dann müsse es, so Güller, mehr Finanzbeamte geben. „Wir verschenken Milliarden“ meint Harald Güller. Raoul Didier appellierte: Gerade bei Steuerfragen müssen wir als Gewerkschaften ordentlich Druck machen, damit es gerechter zugeht.